

Natürlich müssen wir „echte Geheimdienste“ haben - aber sie müssen politisch neutral sein

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt (CSU) will aus dem Bundesamt für Verfassungsschutz einen „echten Geheimdienst“ machen. Und das ist höchste Zeit, wenn man weiß, dass seit dem 11. September 2001 mit den gewaltigen Terroranschlägen in den Vereinigten Staaten eine neue Zeitrechnung für uns alle begonnen hat.

Bis zu zwei Dutzend islamistischer Terroranschläge wurden seitdem in Deutschland verhindert - die wenigsten durch Zutun der deutschen Sicherheitsbehörden.

Das liegt nicht daran, dass diese schlecht arbeiten oder eine ungenügende technische Ausstattung haben, sondern daran, dass in den vermeintlich sicheren Jahren politisch gewollt die deutschen Dienste zu zahnlosen Tigern deformiert wurden, wo Grüne und FDP dafür sorgten, assistiert von der SPD, dass Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst (BND) an Schlagkraft rapide verloren. Datenschutz und Persönlichkeitsrechte waren wichtiger als der Schutz von Leben.

Wussten Sie zum Beispiel, dass das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2020 entschieden hat, dass die deutschen Grundrechte auch Ausländer im Ausland vor deutscher Überwachung schützen?

Das ist völlig irre, denn der BND darf deshalb keine Daten an die NSA oder andere Dienste weiterleiten, um im Gegenzug Informationen über deutsche Staatsbürger zu erhalten, deren direkte Überwachung im Inland verboten wäre.

Kurz: Wir freuen uns natürlich, wenn uns die NSA oder auch mal französische und sogar türkische Geheimdienste auf akute Bedrohungen durch einen Terroranschlag in Deutschland aufmerksam machen, dürfen aber im Gegenzug nur sehr begrenzt selbst Daten liefern, wenn man etwa im Ausland Politiker abhört.

Verfassungsschutz-Präsident Sinan Selen hat auch deshalb weitere Befugnisse für seinen Inlands-Nachrichtendienst gefordert: „Sicherheit und Souveränität resultieren aus Abschreckung und Wehrhaftigkeit“, sagte er gegenüber der „Süddeutschen Zeitung“. Ein Abwehrdienst habe die „klare und unmissverständliche Mission“, Angriffen effektiv entgegenzutreten. Selen weiter: „Wir müssen in Zukunft operativer arbeiten. Dafür brauchen wir neue und erweiterte Fähigkeiten.“

Jeder, der sich mit der Materie auskennt, weiß das

Und zwar seit Langem, aber in den Bundesregierungen von Angela Merkel (CDU) und Olaf Scholz (SPD) hatte die Sicherheit unseres Landes nur nachgeordnete Relevanz. So erklärt sich auch der Zustand der Bundeswehr. Nicht unsere Soldaten sind schlecht motiviert, und seit Monaten wird die Ausrüstung mit militärischem Gerät sogar spürbar aufgemöbelt. Aber man muss auch handlungsfähig sein, und dazu fehlt es an den gesetzlichen Grundlagen und auch dem politischen Willen bis heute.

Denken Sie an die von russischen Geheimdiensten abgehörte und dann zu Propagandazwecken veröffentlichte Bundeswehr-Telefonkonferenz zum möglichen Einsatz von „Taurus“-Marschflugkörpern im März 2024!

In dem 38-minütigen Webex-Call unterhielt sich Luftwaffenchef Ingo Gerhartz mit drei seiner Offiziere. Einer der Teilnehmer wählte sich dazu aus einem Hotel in Singapur über eine unverschlüsselte Leitung (Mobilfunk oder Hotel-WLAN) in die Webex-Konferenz ein. Mich würde wirklich interessieren, ob der Mann noch Soldat der deutschen Streitkräfte ist. In diesen Zeiten gehört solche Nachlässigkeit meiner Meinung nach hart bestraft.

Aber wir sind ja in Deutschland und haben für alles Verständnis

+++Engagierter Journalismus, klare Haltung+++Bitte spenden Sie für meine publizistische Arbeit auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

Jedenfalls soll der Verfassungsschutz künftig heimlich in Computer und Handys von Zielpersonen eindringen und sie per Onlinedurchsuchung durchleuchten. Zur Auswertung der Datenmengen soll dazu auch Künstliche Intelligenz (KI) erlaubt werden. Und - endlich - Software zur Gesichtserkennung angeschafft werden.

„Unsere Aufgabe heißt nicht erklären oder beobachten, sondern Bedrohungen zu beherrschen oder zu verhindern“, weiß Sinan Selen, der übrigens einen beeindruckenden Lebensweg hinter sich hat.

Selen ist der erste Behördenleiter in der Geschichte des deutschen Verfassungsschutzes, der eine Migrationsgeschichte hat. Er wurde 1972 in Istanbul geboren und kam im Alter von vier Jahren nach Deutschland. Er ist studierter Rechtswissenschaftler (Verwaltungsjurist) mit dem Schwerpunkt Innen- und Justizpolitik. Vor seiner Zeit beim Verfassungsschutz war er in führenden Funktionen beim Bundeskriminalamt (BKA) im Bereich polizeilicher Staatsschutz, bei der Bundespolizei und im Bundesinnenministerium, wo er auch Leiter für Terrorismusbekämpfung war.

„Gefahren erkennen, Bedrohungen unterbinden. Und mit den gewonnenen Erkenntnissen neue verhindern, bevor sie entstehen“, lautet seine Devise.

Ich bin gespannt, ob eine Bundestagsmehrheit es auch wagt, die grundsätzliche Aufgabenstellung der Dienste zu überdenken. Natürlich braucht Deutschland einen Auslandsnachrichtendienst, der Informationen über das Weltgeschehen sammelt und der Regierung zur Verfügung stellt. Jeder Staat hat so etwas, selbst der Vatikan, und gar nicht mal einen so schlechten, wie man hört.

Aber Aufgabe des Inlandsgeheimdienstes ist in erster Linie der Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung vor Terror, Spionage und Gewalt. Die rechtlichen Grundlagen dafür gibt es, doch wurde unter dem Verfassungsschutz-Präsidenten Thomas Haldenwang der Dienst erkennbar politisch instrumentalisiert - „gegen rechts“, aber gemeint war: auch gegen die AfD.

Und das darf ein Staat nicht tun

Ein Viertel der Bevölkerung und ihre politischen Repräsentanten unter Generalverdacht stellen.

In den USA, Großbritannien oder Frankreich gibt es keinen Inlandsgeheimdienst, der gesetzlich ermächtigt wäre, legale, registrierte politische Parteien zu überwachen. Der Rechtsstaat muss absolut neutral im politischen Wettstreit einer Demokratie sein. Eine Überwachung von Oppositionsparteien durch eine Regierungsbehörde gilt in diesen Kulturen als Missbrauch staatlicher Macht zur Bekämpfung politischer Gegner. Und so sollte es auch in Deutschland sein.

Landesverrat ist strafbar und muss nach meiner Auffassung weit härter bestraft werden als bisher.

Gewählte Abgeordnete, die Geldkoffer von feindlichen Ländern gegen Gefälligkeiten annehmen, die Geheimdokumente etwa aus dem Verteidigungsausschuss des Deutschen Bundestages im verschlossenen Umschlag bei der russischen Botschaft Unter den Linden in Berlin abgeben oder mit iranischen und chinesischen Diensten gegen ihr eigenes Land konspirieren, müssen identifiziert, angeklagt und lange eingesperrt werden. Gerade in Zeiten wie diesen mit extrem hohen Gefährdungslagen für unser Land.

Aber dazu muss man nicht Parteien insgesamt unter Generalverdacht stellen - man darf es nicht

Auch nicht, wenn „Linke“-Abgeordnete mit „ACAB“- oder „Antifa“-Symbolen im Plenarsaal auftauchen. Auch nicht, wenn führende Sozialdemokraten unser Land in eine verhängnisvolle Abhängigkeit von der Russischen Föderation geführt haben.

Der Schaden, den Altkanzler Gerhard Schröder, Ministerpräsidentin Manuela Schwesig oder Ralf Stegner (alle SPD) angerichtet haben, wiegt schwerer als putintreue Sprücheklopfer in der AfD.

Und die CDU?

Warum ist eigentlich Rainer Barzels Misstrauensvotum am 27. April 1972 gegen Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) gescheitert? Die Älteren werden sich erinnern: weil sich zwei Unions-Abgeordnete von der DDR-Stasi bestechen ließen. Julius Steiner (CDU) und Leo Wagner (CSU) kassierten beide verdeckt je 50.000 D-Mark vom SED-Regime, damit sie gegen ihren eigenen Kandidaten stimmten.

Oder die „Aserbaidtschan-Affäre“, bei der ein korruptes Netzwerk in der Union über Jahre horrenden Geldsummen vom autoritären Regime in Baku kassierte. Baku - da, wo auch „Ralle“ Stegner und andere SPD- und CDU-Politiker unter konspirativen Umständen zusammensaßen, um das deutsch-russische Diskussionsforum „Petersburger Dialog“ (2001 von Gerhard Schröder und Wladimir Putin gegründet) wieder in Schwung zu bringen - gegen den erklärten Willen der eigenen Bundesregierung.

Das Regime in Baku schmierte Abgeordnete der Union, um etwa in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats (PACE) Berichte über massive Menschenrechtsverletzungen in Aserbaidtschan zu blockieren und PR- und Lobbyarbeit in Deutschland und Brüssel für die ehemalige Sowjetrepublik zu betreiben.

Werden SPD und CDU vom Verfassungsschutz überwacht und als „Verdachtsfall“ eingestuft?

Natürlich nicht, und das ist auch gut so. Den Inlandsgeheimdienst gegen die größte Oppositionspartei in Stellung zu bringen ist genauso skandalös, wie ihr die ihr zustehenden Rechte im Parlament und das Geld für eine Bildungseinrichtung zu verweigern. Das alles muss aufhören!

Wie sagte doch der frühere Verfassungsschutzchef Thomas Haldewang 2023 im ZDF?

„Der Verfassungsschutz ist nicht alleine dafür zuständig, die Umfragewerte der AfD wieder zu senken.“

Nein, Herr Haldewang und all die führenden Politiker unseres Landes: Der Verfassungsschutz ist überhaupt nicht dafür zuständig, für irgendeine Partei Umfragewerte zu senken oder zu steigern. Der Verfassungsschutz ist dafür da, die Verfassung zu schützen.

Im Grunde müsste er seinen früheren Chef Haldewang selbst als „Verdachtsfall“ einstufen....

„Jetzt sind sie nunmal da“ - wie Deutschland junges Potential verliert

Ich möchte Ihnen heute von einem Besuch erzählen, der gestern in Berlin zum Essen bei uns war.

16 Jahre alt, Schüler, in einem der eher bürgerlichen Stadtteile Berlins, die es dankenswerter Weise ja auch noch gibt.

Natürlich kann ich das alles nicht recherchieren, was ich gehört habe, aber es klang so glaubhaft, dass ich denke, die Geschichte sollten Sie hören.

Also der Junge, nennen wir ihn Tim, wohnt in unmittelbarer Nachbarschaft einer afghanischen Flüchtlingsfamilie, die vor rund zehn Jahren nach Deutschland gekommen ist. Alles nette Leute, wie Tim versichert, eine Ehepaar und fünf Kinder, die zusammen in einer Drei-Zimmer-Wohnung leben. Der Vater spricht Deutsch, jedenfalls so gut, dass er sich bestens verständigen kann, die Mutter eher nicht. Die Kids allerdings sprechen alle gut deutsch. Vier Jungs, ein Mädchen. Sie ist wohl in der Schule recht gut, die Jungs haben die Schule ohne Abschluss abgeschlossen oder gehen sporadisch mal zum Unterricht oder auch nicht.

Die Eltern kümmern sich nicht wirklich darum, bleiben auch morgens schon mal liegen oder trinken ein, zwei Gläser Wodka. Die Kinder machen sich selbst etwas zu essen.

Obwohl die Jungs ohne Abschluss nicht dumm sind, freundlich und durchaus hilfsbereit, kümmert sich

keiner darum, dass sie eine Ausbildung oder wenigstens einen Minijob bekommen. In der Schule gibt es einen Ansprechpartner für genau solche Kindern, doch der wartet halt, dass die 15-Jährigen von selbst zu ihm kommen. Sie können sich vorstellen, wie oft das passiert.

Deutsche Nachbarn, die die Familie kennen, haben sich immer mal wieder gekümmert, die Jungs ermuntert, doch arbeiten zu gehen und selbst Geld zu verdienen.

Sie haben geholfen, Bewerbungen zu schreiben und Bewerbungsgespräche zu vereinbaren. Und wenn es dann so weit war und ein Termin anstand – dann sind die halt nicht hingegangen. Einer von den Jungs „rutscht jetzt total ab“, erzählt uns Tim und: „Wir alle wollen mit dem nichts mehr zu tun haben.“ Also, der frühere Freundeskreis. Warum? Weil der Junge aus Afghanistan, der mit seiner Familie und Hoffnungen auf ein besseres Leben in Deutschland, „schlechten Umgang“ gefunden hat und Drogen nimmt.

Drogen, nicht mal einen „Joint“, sondern auch härteres Zeug.

Die anderen, die aus der Schule raus sind? „Keinen Bock“ irgendwas zu tun, auch einfach faul und antriebslos ohne Eltern, die wenigstens für ihren Nachwuchs und deren Zukunft aktiv werden.

Diese Familie sind keine schlechten Leute

Ich habe den Vater mal flüchtig kennengelernt, so Mitte 40, sehr freundlich. Angeblich arbeitet er schwarz in einem Lokal. Aber niemand kümmert sich um die Kinder, niemand sorgt dafür, dass sie lernen, ihr Leben in die eigenen Hände zu nehmen, die Chancen unserer Gesellschaft wahrzunehmen, oder zumindest zu begreifen, dass es diese Chancen gibt.

Sie kommen klar, warum sollen sie sich anstrengen? Warum sollen sie arbeiten, Verantwortung für etwas zu übernehmen, und wenn es nur ihr eigenes Leben ist?

Tim sagt, die Jungs von nebenan hätten ihm erzählt, dass diese Familie monatlich etwa 6000 Euro zum Leben hat. Den Großteil davon bezahlen Sie uns ich...

So darf ein Staat nicht mit seinen Mitarbeitern umgehen

Fehlende Büros, Unterkünfte und Parkflächen für die Beamten: Jede dritte Polizeiwache in Deutschland ist in einem fragwürdigen Zustand, anscheinend besonders bei der Bundespolizei. Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) fordert dringend eine bessere Infrastruktur. GdP-Mann Andreas Roßkopf gegenüber der

„Rheinischen Post“: *„Der Zustand vieler Gebäude und Wachen ist nicht mehr hinnehmbar.“*

In Deutschland werde viel über eine „moderne Sicherheitsarchitektur gesprochen, während Polizisten *„gleichzeitig mit Eimern unter tropfenden Decken stehen oder in völlig überalterten Gebäuden Dienst verrichten müssen.“*

Das Thema ist nicht neu

Schon oft wurde der Zustand von Polizeiwachen oder auch Unterbringung und Verpflegung der Männer und Frauen in Uniform kritisiert, wenn sie zum Beispiel bei „Großlagen“ mehrere Tage im Einsatz sind.

Man kann die Wertschätzung der Arbeit unserer Polizisten auch daran erkennen, wie die Politik und der Staat mit ihnen umgeht.

In der Wache etwa im Berliner Regionalabschnitt Friedrichstraße – zuständig für Kriminalitäts-Hotspots wie Görlitzer Park und Kottbusser Tor – herrschen laut der Berliner Gewerkschaft der Polizei unerträgliche Arbeitsbedingungen. „Neben bröckelnder Bausubstanz und eklatantem Platzmangel für die Beschäftigten flattern Motten durch die Schränke, tote Ratten wurden bereits entdeckt“, heißt es in einer Pressemitteilung.

Dabei würden auch arbeitsrechtliche Vorschriften und eklatante Gesundheitsgefahren ignoriert.

Zum Tod von Hermann-Josef Merting

Hermann-Josef Merting ist tot.

Als ich es heute Morgen erfuhr, war ich augenblicklich von einer tiefen Traurigkeit erfüllt. Denn Hermann-Josef war eine ungewöhnliche Persönlichkeit und einer, der in seiner Partei kaum zu ersetzen sein wird. Männer wie ihn braucht jede Partei, die um den richtigen Weg für unser Land ringt.

Er hatte kein Mandat, strebte nicht nach Einfluss und Staatsknete

In seinem privaten Leben arbeitete er in einem Sozialberuf in Berlin.

Und in seiner Freizeit engagierte er sich für die AfD, auch schon zu einer Zeit, als die Alternative noch nicht von Wählerfolg zu Wählerfolg eilte.

Es waren sein nicht von Ehrgeiz, sondern von Idealismus angetriebenes Engagement für Deutschland, das mich an ihm faszinierte, als wir uns vor einigen Jahren kennenlernten. Und es war diese ganz

ungewöhnliche Mischung aus Patriotismus, seiner nie verborgenen Homosexualität und gleichzeitig seinem tiefen katholischen Glauben, die mich von der ersten Minute für diesen Mann einnahm, der stets elegant gekleidet und mit Hut zu Treffen kam.

Zuletzt trafen wir uns vor vielleicht zwei Jahren persönlich in einem kleinen Café irgendwo am Rand von Schöneberg.

Und wir unterhielten uns ganz offen über das, was in der AfD gut und schlecht läuft, über einzelne Politiker seiner Partei, und das, was bei den verbliebenen Konservativen im Unions-Milieu auf meiner Seite so los ist. Hermann-Josef unterstützte mich nach Kräften bei der Organisation meiner Schwarmintelligenz-Treffen, die das bürgerlich-konservative Lager näher zusammenbringen sollte.

Nicht gegeneinander, sondern nur zusammen, kann ein Politikwechsel in Deutschland funktionieren. Da waren wir uns einig.

Auf Facebook eröffnete er den „Berliner Salon“, eine Gruppe für wichtige und interessante AfD-Politiker und Aktive mit über die Jahre extrem spannenden Diskussionen über die weitere Entwicklung der Partei nach Lucke und Petry, inzwischen ist ja auch Meuthen nicht mehr dabei.

Irgendwie war ich beim Start in die Gruppe eingeladen worden, ein paar Wochen drin, und als ich begriff, dass das im Grunde „AfD only“ war und ich bekanntermaßen nicht dazugehöre, meldete ich mich ab. Aus freiem Entschluss, damit mich nicht irgendwann jemand als „CDU U-Boot“ enttarnt.

Hermann-Josef schrieb mich sofort im Chat an, was denn los und warum ich rausgegangen sei. Ich erklärte es ihm, und er bat mich zurückzukommen.

Er wisse, dass ich ein konservativer Überzeugungstäter bin, der nur das Beste für Deutschland und seine Menschen wolle, und da sei das Parteibuch nicht sonderlich relevant.

Ich sagte, dass mir das schmeichelt, bat ihn aber, das in der Gruppe zu thematisieren und zu hören, wie tolerant man gegenüber einem Konservativen ist, der nicht zur blauen Familie gehört.

Ich habe die Diskussion damals natürlich nicht mitbekommen, weil draußen, aber man war schnell einverstanden, einen „Schwarzen“ zu dulden.

Hermann-Josef war ein Mensch, der zusammenführte, der jede auch vollkommen abweichende Ansicht zuließ und zur Diskussion stellte. Er kannte praktisch jeden, den man in der AfD kennen muss - vom einfachen Mitglied, mit dem er selbst als einfaches Mitglied am Infostand irgendwo im verrückten Berlin stand bis zu den einflussreichen Köpfen an der Spitze seiner Partei.

Hermann-Josef, ich danke Dir für Dein Vertrauen und Deine Offenheit!

Als katholische Brüder wussten wir beide, dass mit dem Tod kein Weinen und kein Schmerz, sondern

ewiger absoluter Friede einkehren wird für den Menschen, der sich auf dem Weg zum Vater macht, wie es in der Offenbarung 21,4 verheißen wird.

Ich bin sicher und ich bete, dass Gott, unser Herr, Dich in sein Reich aufgenommen hat. Du hast es wirklich verdient.

Ruhe in Frieden!

Dein Klaus

GASTSPIEL JOSEF KRAUS: Hände weg von der Schulpflicht!

In Sachsen-Anhalt geht die Alternative für Deutschland (AfD) unter anderem mit der Forderung einer Abschaffung der Schulpflicht in die Landtagswahl vom 6. September. In ihrem kürzlich vorgestellten Regierungsprogramm kündigt sie an, den „Schulzwang“ durch eine „Bildungspflicht“ bzw. einen von den Eltern organisierten „Hausunterricht“ ersetzen zu wollen. Die AfD nimmt dabei Bezug auf die „Wahlfreiheit“ nach „österreichischem Modell“, wo solches möglich ist, allerdings nur von rund 0,3 Prozent der Eltern beansprucht wird.

Ob sich damit Stimmen gewinnen lassen, sei dahingestellt. Gelockt werden mit dieser Perspektive jedenfalls Eltern, denen die Indoktrination ihrer Kinder und ein überschießender Anteil von migrantischen Schülern zuwider sind. Solche Elternkritik ist legitim, sehr oft berechtigt, aber zumal: die Belastung der öffentlichen Schulen mit importierten Problemen wird damit nicht geringer. Im Gegenteil.

Nun könnte man den AfD-Vorstoß abtun als verfassungsrechtlich nicht umsetzbar. Denn erstens steht in der Verfassung (!) des Landes Sachsen-Anhalt in Artikel 25 (2): „Es besteht allgemeine Schulpflicht.“ Eine Änderung dieser Verfassung bedarf laut Artikel 78 (2) einer Zwei-Drittel-Mehrheit. Letztere wird die AfD mit Sicherheit nicht erreichen.

Dazu bräuchte sie ein Wahlergebnis von um die 60 Prozent. Gesetzt den theoretischen Fall, dass dies erreichbar wäre: Dann greift das Grundgesetz Artikel 7 (1) mit dem Passus: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“

Der Begriff „Schulpflicht“ kommt darin nicht vor, aber das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) hat den Artikel 7 (1) mit Beschluss vom 29. April 2003 dahingehend ausgelegt: „Soziale Kompetenz im Umgang auch mit Andersdenkenden, gelebte Toleranz, Durchsetzungsvermögen und Selbstbehauptung einer von der Mehrheit abweichenden Überzeugung, können effektiver eingeübt werden, wenn Kontakte mit der

Gesellschaft und den in ihr vertretenen unterschiedlichsten Auffassungen nicht nur gelegentlich stattfinden, sondern Teil einer mit dem regelmäßigen Schulbesuch verbundenen Alltagserfahrung sind.“

Wie auch immer: In der praktischen Umsetzung zieht eine Abschaffung der Schulpflicht gewaltige Probleme nach sich

Und eine solche Abschaffung annullierte die ideelle, die programmatische Begründung einer Schulpflicht, wie sie vor rund 200 Jahren in Deutschland kam. Eine solche Pflicht wurde eingeführt, um die Kinderarbeit einzuschränken und um Schulbildung einigermaßen vom sozialen Status der Eltern zu lösen.

Zurück zu den praktischen Problemen, auch zu den Folgeproblemen einer Abschaffung der Schulpflicht:

Erstens: Schule ist – siehe Urteil des BVerG – eben auch ein Ort des sozialen, kommunikativen Lernens in einer Gemeinschaft und damit Basis einer Erziehung zur Demokratie. Hausunterricht isoliert die Kinder. Das kann nicht durch Freizeitaktivitäten mit einer möglicherweise handverlesenen, kleinen Kinderschar wettgemacht werden.

Zweitens: Kein Elternpaar – auch kein Professorenpaar – kann einem Kind über die 5./6./7. Klasse hinaus fachlich das vermitteln, was Schule und Fachlehrer vermitteln können. Etwa zugleich in den Naturwissenschaften und Fremdsprachen. Eltern werden also darauf angewiesen sein, Privatlehrer zu beschäftigen oder Fachleute in anderen, ähnlich denkenden Familien anzuheuern. Dadurch wird Bildung eben tatsächlich vom Geldbeutel der Eltern oder von „Vitamin B“ abhängig.

Drittens: Würde tatsächlich massenhaft eine „Abstimmung mit den Füßen“ gegen die Schulpflicht stattfinden, dann blieben womöglich Klassen mit 100 Prozent Migrantanteil zurück. Es wäre dies eine weitere Beförderung von Parallelgesellschaften.

Viertens: Die AfD stellt sich vor, dass Schüler im Hausunterricht alle Halbjahre „zentral“ getestet werden. In allen Fächern müsste das sein. Wer eine Ahnung hat, was zentrale Prüfungen zum Abschluss eines Gymnasiums oder einer Realschule an organisatorischem Aufwand bedeuten, kann hier nur die Hände über dem Kopf zusammenschlagen. Im Übrigen müssten im Sinne des Grundgesetzes („unter Aufsicht des Staates“) auch außerhalb dieser zentralen Prüfungen Kontrollen stattfinden. Ein aufgeblähter Aufsichtsapparat, den die AfD eigentlich abbauen will, wäre die Folge.

Fünftens eine rhetorische Frage: Wer kann ausschließen, dass mit einer Abschaffung der Schulpflicht die Moschee- und Koranschulen die Nutznießer sind?

Nein, es steht nicht gut um die – vormalige – Bildungsnation Deutschland.

Einer überbordenden Pseudoakademisierung stehen ein schleichender Tod der beruflichen Bildung sowie ein Fachkräftemangel gegenüber.

Die Abschaffung der Schulpflicht ist keine Abhilfe

Vielmehr ist es längst überfällig, dass der Abbau der schulischen Leistungsansprüche überwunden wird und dass es wieder ehrliche Zeugnisse gibt. Überfällig ist zudem eine strenge Kontrolle der Schulaufsicht, wenn – wie leider immer häufiger – Lehrer im Sinne von Gender, Trans, Sexualisierung, Klima und Co. indoktrinieren.

Und es ist eine Migrationspolitik gefragt, die die von ihr geschaffenen Probleme nicht den Schulen aufhalst.

Der Publizist Josef Kraus war zwischen 1987 und 2017 Präsident des Deutschen Lehrerverbandes. Er gilt als einer der profiliertesten und streitbarsten konservativen Bildungsexperten in Deutschland.

„Brandmauer“ kaputt? Warum manche Entscheidungen nur eine Mehrheit finden, wenn sie von der „anderen Seite“ kommen

Manche politischen Entscheidungen, die unbedingt getroffen werden müssen, können oft nur „die Anderen“ durchsetzen, weil es sonst nicht funktioniert. Ein Paradebeispiel dafür ist die Normalisierung Deutschlands nach den Jahrzehnten des internationalen Vorbehalts.

Wir durften nach 1990 immer Solidarität bekunden und die Rechnungen bezahlen, aber Souveränität und damit politische Macht im globalen Spiel der Kräfte – dazu gehört neben gutem Willen auch, dass man handlungsfähig ist. Dass man militärische Macht nicht nur am Tag der offenen Tür der Bundeswehr andeutet oder die Ehrenformation für Staatsgäste aufbaut, sondern dass man sie auch ausüben kann.

So wie am 24. März 1999, als die deutschen Streitkräfte zum ersten Mal nach 1945 im Rahmen der „Operation Allied Force“ im Kosovokrieg eingriffen. Dabei beteiligte sich die deutsche Luftwaffe mit Tornado-Kampfflugzeugen an den Luftangriffen der NATO gegen das damalige Rest-Jugoslawien.

Damals regierte eine rot-grüne Koalition unter Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) und Außenminister Joschka Fischer von den Grünen.

Zur Wahrheit gehört, dass der Einsatz im Oktober 1998 von der alten Bundesregierung von Helmut Kohl beschlossen wurde, aber vollzogen hat es dann Rot-Grün.

Die Koalition der „Nie-wieder-Krieg“-Parteien SPD und Grüne, in der Tradition der vielen Sozialdemokraten, die unter Hitler ihr Leben verloren haben, und auch in der Tradition der Petra Kellys

und Gerd Bastians aus der Friedensbewegung, die damals Straßen blockierten, auf denen die amerikanischen Streitkräfte ihre Pershing-II-Raketen zum Stützpunkt in Mutlangen (Baden-Württemberg) lieferten.

Und diese politischen Kräfte taten dann das Richtige

Als es darauf ankam – Deutschland zuerst sozusagen, das heute besonders lautstark politische Kräfte für sich proklamieren, in ihren Reihen aber Leute dulden, die sich vom deutschen Steuerzahler üppig bezahlen lassen, aber tatsächlich das Geschäft einer feindlichen Macht im Berliner Politikbetrieb betreiben.

Für SPD und Grüne war die Zeit 1998 und 1999 eine echte innere Zerreißprobe. Und dennoch beschlossen an diesem 16. Oktober 1998 500 gegen 62 Abgeordnete bei 18 Enthaltungen, dass Deutschland nun auch komplett seine Souveränität herstellt.

+++BITTE UNTERSTÜTZEN SIE MEINE ARBEIT MIT IHRER SPENDE AUF DAS KONTO DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal @Vers 1 Medien GmbH+++

SPD, CDU/CSU, FDP und große Teile der Grünen waren dabei. Einzig die SED, die damals PDS und heute Die Linke heißt, stimmte dagegen.

Parteien, die unbedingt dagegen sein wollen bei dem, was die Mehrheit will, haben wir ja auch heute.

Und nun stellen Sie sich vor, die Regierung von Helmut Kohl und den Seinen hätte die Entscheidung für den ersten Kriegseinsatz nach 1945 damals ohne Rote und Grüne treffen müssen!

Was wäre auf den Straßen des gerade wiedervereinigten Deutschlands los gewesen? Gut möglich, dass in Großstädten und vor Kasernen der Bundeswehr und der Amerikaner bürgerkriegsähnliche Zustände geherrscht hätten. Aber dieses Mal eben nicht.

Weil es richtig war, weil es getan werden musste

Die deutsche Regierung begründete den Einsatz damals als humanitäre Notwendigkeit, um ethnische Säuberungen und schwerste Menschenrechtsverletzungen im Kosovo zu stoppen. Das hatte die EU drei Jahre lang ergebnislos versucht, während unablässig gefoltert und gemordet wurde auf dem Balkan. Mit dem militärischen Eingriff der NATO war das Töten innerhalb weniger Tage vorbei. Von wegen, Militär ist niemals die Lösung

Am 13. Mai 1999 stellte sich Außenminister Fischer auf einem Sonderparteitag seiner Grünen in Bielefeld einer emotional aufgetanzten Versammlung, in deren Verlauf er ausgebuht, ausgepiffen und übel beschimpft wurde. Einer im Saal warf einen Farbbeutel und traf Fischer am Kopf, so schwer, dass sein Trommelfell riss. Doch der Grüne wich nicht und hielt die vielleicht beeindruckendste Rede seines Lebens:

„Ihr könnt pfeifen, so viel ihr wollt! Aber die Frage, wie wir Menschenleben schützen, die lässt sich nicht mit Pfiffen beantworten. Wenn die jugoslawische Armee dort unten vergewaltigt, vertreibt und mordet, dann ist das Faschismus, und dagegen müssen wir handeln!“

Warum komme ich heute mit diesem Ausflug in die Vergangenheit?

Weil manche Dinge politisch nur möglich sind, wenn sie von der unerwarteten Seite kommen. So wie gestern.

Da hat der frühere Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Torsten Albig, seiner SPD via Zeitungsinterview in der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ empfohlen, sich zukünftig auch auf Kooperationen mit der rechten AfD einzulassen.

„Wahrscheinlich wäre es sogar einfacher, wenn wie in Dänemark Sozialdemokraten die Ersten wären, die auch mit den Rechtspopulisten bei bestimmten Themen zusammenarbeiten, die unsere Wähler heute in deren Arme treiben“, so der 62-Jährige in dem Gespräch.

Gleichzeitig lehnt Albig „Vielparteienbündnisse“ aus SPD, CDU, Linken, Grünen und BSW dringend ab. Albig: „Solche Bündnisse lassen nur noch frustrierte Wähler zurück.“ Und weiter: Alte Genossen träten eins zu eins in die AfD ein – „und das sicher nicht, weil die alle Nazis geworden sind, sondern weil sie bei uns etwas vermissen“.

Viele Kommentatoren haben darüber schon vor Jahren geschrieben. Aber die Köpfe der traditionellen Parteien wollten es einfach nicht wahrhaben. Sie setzten auf das Prinzip Hoffnung, darauf, dass irgendjemand, meinetwegen der liebe Gott, verhindern möge, dass die AfD in Regierungsverantwortung kommt. Aber der liebe Gott interessiert sich nicht für Parteipolitik.

Und die Dämme brechen überall – nicht nur in den Meinungsumfragen

Und auch nicht nur in Ostdeutschland. Die Mehrheit der Deutschen will eine andere Politik. Nicht eine kleine Kurskorrektur, sondern eine deutlich andere Politik.

Und wenn die einstmals dominierenden Parteien in Deutschland denken, sie könnten das ignorieren, dann irren sie sich gewaltig. Denn dann suchen sich die Wähler jemanden anderes, der sich darum kümmert, ihre Sorgen ernst zu nehmen.

Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) hat das jüngst eingeräumt, als er sagte, man habe sich das mit der Bekämpfung der AfD leichter vorgestellt, als es ist.

Aber es sind nicht nur zaghafte Bemerkungen am Rande, das Zerbröckeln der Brandmauer findet ganz konkret statt. In der vergangenen Woche fand im Wirtschaftsausschuss des Deutschen Bundestags eine geheime Abstimmung über einen stellvertretenden Vorsitzenden statt. Der AfD-Kandidat Malte Kaufmann kandidierte und fiel durch, wie AfDler bisher immer durchfallen bei der Mehrheit im deutschen

Parlament, wenn sie für irgendwas kandidieren. Die AfD hat in dem Ausschuss 10 Sitze, bei der Abstimmung gab es aber 16 Stimmen für Kaufmann. Linke und Grüne hyperventilieren nach Bekanntgabe des Ergebnisses.

Und das ist ein wirklich gutes Zeichen, dass sich gerade etwas verändert...

Alle in der CDU wissen, dass es ohne AfD nicht funktionieren wird

Wenn Sie politischer Journalist sind und in Berlin leben, müssen Sie im Grunde nicht mehr für zu Hause einkaufen.

Sie werden ständig zu Hintergrundgesprächen, Lobby-Veranstaltungen, Frühlingsfesten und „Stallwächter“-Partys eingeladen – organisiert von denen, die in den Parlamentsferien die Stellung in Minister- und Abgeordnetenbüros und Parteizentralen halten (müssen).

Aber wenn Sie lange im Geschäft sind, ist das Interesse nur noch begrenzt

Man schaut eine Stunde rein, ob man etwas aufschnappen kann oder jemanden trifft, den man lange nicht gesehen hat, und dann ist es auch gut.

Gestern war ich bei einer solchen Party, Open-Air. Eingeladen hatte ein Wirtschaftsverband und es waren viele Gäste da. Auch viele Politprofis, Abgeordnete und wichtige Menschen aus dem „Maschinenraum“ der Politik – also da, wo geplant, entwickelt und gearbeitet wird.

Ja, die gibt es.

Ich habe mich dabei mit vielleicht einem Dutzend Leuten unterhalten, die meisten sicherlich CDU-orientiert.

Es war erstaunlich, wie schonungslos man, wenn kein Mikro dabei ist, mit der eigenen Bundesregierung und Kanzler Friedrich Merz abrechnete. Das hatte etwas von enttäuschter Liebe, wenn man vor zwei Jahren noch gedacht hat: Das ist es jetzt. Und es dann ein großes Desaster der Gefühle wird.

+++Bitte unterstützen Sie meine publizistische Arbeit hier mit Ihrer Spende auf das Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18 oder über PayPal auf @Vers 1 Medien GmbH+++

Nicht ein einziger meiner Gesprächspartner kanzelte dabei die AfD ab, wie das in diesen Kreisen früher normal war.

Im Gegenteil: Das Highlight schlechthin war ein CDU-Abgeordneter, der direkt sagte, er hoffe, dass die AfD in Sachsen-Anhalt die absolute Mehrheit schaffe, damit endlich die dämliche „Brandmauer“-Geschichte sei.

Alle in der Union wissen, dass es keinen Politikwechsel mit SPD und Grünen geben kann. Und alle wissen, dass neue Mehrheiten Mitte-Rechts von der Bevölkerung gewollt und nur mit CDU und AfD möglich sind. Wird das dann perfekt? Muss man koalieren oder ist auch eine Minderheitsregierung möglich? Und muss man sich dann mit dem „freundlichen Gesicht des Nationalsozialismus“ und Putin-

Fans an einen Tisch setzen?

Keiner weiß das jetzt, aber die eindeutige Linie in allen meinen Gesprächen war: Wir müssen endlich mit der AfD zumindest in einen Dialog eintreten.

Völlig Irre! Warum verleiht die EU heute einen Verdienstorden an Angela Merkel?

Immerhin gibt es in Brüssel und in anderen EU-Staaten noch Widerspruch gegen die anstehende Ehrung der früheren deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) durch das Europäische Parlament. Die Frau aus der Uckermark erhält den ersten EU-Verdienstorden für ihre angeblich „großen europäischen Verdienste“. Ich musste ein wenig nachdenken, ob die Destabilisierung des ganzen Kontinents durch die illegale Massenmigration oder die zeitweise Abhängigkeit vieler europäischer Staaten von Putins Russland tatsächlich ein Verdienst ist, der einen Orden verdient.

Die deutsche Bundeskanzlerin war und ist in vielerlei Hinsicht ein Totalausfall

Dabei habe ich sie 2005 noch mit einiger Begeisterung (Frau, Ostdeutschland, Wissenschaftlerin) gewählt, und 2009 nochmal mit Bauchgrimmen. Aber bis zum Ende der damals akuten Euro-Staatsschuldenkrise bewegte sich Merkel im Rahmen des CDU-Erwartbaren.

Ich erinnere mich noch, wie sie bei ihrer ersten Münchner Sicherheitskonferenz als deutsche Regierungschefin den damaligen iranischen Außenminister öffentlich zerlegte. Und ihr klares Eintreten im Deutschen Bundestag gegen Massenmigration aus dem islamischen Kulturkreis, ihre Reisen zum großen Bruder George W. Bush jenseits des Atlantiks, das Bekenntnis zum westlichen Verteidigungsbündnis NATO – all das gefiel mir gut.

Damals dachte ich nicht eine Sekunde darüber nach, wie es überhaupt möglich gewesen ist, dass diese unscheinbare Frau mit der unmöglichen Frisur und dem mürrischen Gesichtsausdruck überhaupt an die Spitze der rheinisch-katholisch geprägten CDU gelangen konnte.

Im Dezember 1989, wenige Wochen nach dem Fall der Mauer, stand ich als Reporter mit meinem Aufnahmegerät in einer langen Schlange von Journalisten vor dem Eingang zum „Haus der Demokratie“ an der Berliner Friedrichstraße.

Ich wollte zu einer Pressekonferenz der neuen Kleinpartei „Demokratischer Aufbruch“ (DA) dort. An der Tür stand eine junge Frau mit dunkelblauem Batik-Kleidchen, Sommersprossen, mürrischem Gesichtsausdruck und der Namensliste von uns, die sie abhaken musste. Sie war die stellvertretende Pressesprecherin der Mini-Partei: Angela Merkel. Hätte mir damals jemand in der Reihe auf die Schulter getippt und gesagt: „Du Klaus, die da drüben, die wird mal die mächtigste Frau der Welt“, ich hätte

schallend gelacht.

Aber später wurde sie es eine Zeit lang tatsächlich

Angela Merkel hat ihrer Partei und unserem Land mehr geschadet, als es die AfD seit ihrer Gründung getan hat oder tun konnte.

Sie hat die einstmals stolze Christlich-Demokratische Union politisch und personell bis zur Unkenntlichkeit entkernt.

Und sie hat mit ihrer einsamen Entscheidung, im September 2015 die deutschen Außengrenzen für den millionenfachen Zustrom von Wirtschaftsmigranten zu öffnen, Deutschland katastrophalen Schaden zugefügt. Sie hat Menschenleben auf dem Gewissen damit, sie hat unser Land instabil und unsicher gemacht, Milliarden Euro verballert – was heute nichts Besonderes mehr ist – und dass sie die Atomkraftwerke abschalten ließ – geschenkt. Darauf kommt es bei ihrer „Leistungsbilanz“ dann auch nicht mehr an.

Warum ließ man Merkel gewähren?

Warum fiel niemand der Testosteron-Helden vom „Anden-Pakt“ dieser Frau in den Arm? Warum klatschten Hunderte Delegierte, erfahrene Politiker, karrierebewusst, viele Abgeordnete und Parteimanager orgiastisch bei CDU-Parteitag, wenn Merkel redete? Warum war die Dauer der Klatschmärsche immer wieder öffentliches Thema, aber niemand beschäftigte sich damals mit ihrem Zerstörungswerk?

Spätestens seit der „Kölner Silvesternacht“ hätte jeder wissen können, dass hier gerade etwas dramatisch schief läuft.

Aber alle schauten zu, alle applaudierten

Bis heute. Es waren Ministerpräsidenten der Union wie Hendrik Wüst aus NRW und Markus Söder aus Bayern, die der Frau, die vor ein Gericht gestellt gehörte, Verdienstorden umhängten.

So wie jetzt EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das tun wird, eine Parteifreundin, die ihr politisches Überleben und ihre Parteikarriere ausschließlich Angela Merkel zu verdanken hat.

Wundert sich eigentlich noch jemand darüber, dass sich immer mehr Bürger – auch in Deutschland – von dieser Art der Politik abwenden? Dass sie das ganze demokratische System inzwischen ablehnen, weil sie die Kungeleien einer Machelite verachten, die mit allem durchzukommen scheint und denen das Wohlergehen ihrer Wähler und ihres Staates vollkommen egal zu sein scheint?

„Persönlich finde ich es absolut richtig“, die Ukraine militärisch zu unterstützen und darüber hinaus eine abschreckende Wirkung zu entfalten, sagte Merkel gerade bei einer „Digitalkonferenz“. Und gleichzeitig

bedauerte sie, dass jeder diplomatische Kontakt mit Russlands Präsidenten Wladimir Putin abgerissen sei.

Aber warum soll man mit dem Mann denn reden?

Frankreichs Macron und Bundeskanzler Scholz hatten es doch versucht 2022. Dauernd. Reden, reden, reden.

Putin will nicht reden. Er will gewinnen, er will unterwerfen, er will in die Geschichtsbücher eingehen als derjenige, der die Sowjetunion wieder auferstehen lässt.

Der Mann in Moskau will unterwerfen, er lässt Wohn- und Krankenhäuser jede Nacht mit Raketen und Drohnen angreifen, er persönlich trägt die Schuld an Hunderttausenden Toten, an verkrüppelten Männern, vergewaltigten Frauen, verschleppten Kindern. Was gibt es mit so einem zu reden?

Wenn Sie auf der Straße überfallen werden oder jemand in Ihr Haus einbricht und alles kurz und klein schlägt - rufen Sie dann die Polizei oder einen Diplomaten?

Sie merken vielleicht, wie ich beim Schreiben immer wütender werde auf die Vollidioten, die den russischen Narrativen ohne zu denken blind folgen.

Wir müssen mit Putin reden? Unfug! Hitler wurde nicht durch Reden aufgehalten, sondern durch die Armeen der Sowjetunion, der Vereinigten Staaten, Großbritanniens und Frankreichs. So wie Putin heute durch die Armeen der Ukraine und die Unterstützung des Westens aufgehalten werden muss. Nicht durch Appeasement, sondern durch Marschflugkörper und Wirtschaftssanktionen.

Der frühere Chef des finnischen Militär-Geheimdienstes, Pekka Toveri, und der einstige Oberbefehlshaber der estnischen Streitkräfte, Riho Terras, gehen angesichts der bevorstehenden Ehrung Merkels hart mit deren Russlandpolitik ins Gericht. Die beiden Ex-Generäle, heute Abgeordnete der EVP-Fraktion im EU-Parlament (der auch die Unionsparteien angehören), bezeichnen Merkels Politik als Bundeskanzlerin als „blauäugig“. Als Architektin von „Minsk II“ habe die Deutsche versagt. Die milden Sanktionen nach Putins Angriffen auf die Krim und Georgien und der Weg Deutschlands in die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen seien eine Katastrophe gewesen, zumal Putin auch zu der damaligen Zeit schon erkennen ließ, dass er „russische Erde einsammeln“ wolle.

Die Verleihung des EU-Verdienstordens an Merkel schickt nach Toveris Meinung „ein falsches Signal“. Es sei „paradox“, dass Angela Merkel jetzt ausgerechnet gemeinsam mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj geehrt werde, der ebenfalls den höchsten Orden erhält. Merkel sei eine der zentralen europäischen Figuren, deren Politik zu den Rahmenbedingungen beigetragen habe, die letztlich zum Krieg in der Ukraine geführt haben. Toveri: „Es wäre sinnvoll, wenn Merkel ihre eigene Komfortzone verlasse und die Versäumnisse in ihrer Russlandpolitik offen eingesteht.“

Darauf können wir alle wohl lange warten...

GASTSPIEL FRANK Henkel (CDU): Deutschland in der Warteschleife - „Brandmauer“ ersetzt keine Politik

Die aktuellen Umfragen markieren eine deutliche politische Verschiebung: Während die AfD inzwischen bei 28 bis 29 Prozent liegt, fällt die Union auf rund 22 Prozent zurück. Das ist mehr als eine Momentaufnahme - es ist ein Warnsignal für Friedrich Merz und seine Regierung.

Viele Bürger hatten mit der Union die Hoffnung auf einen politischen und wirtschaftlichen Kurswechsel verbunden.

Erwartet wurden mehr wirtschaftliche Vernunft, weniger Bürokratie, klare Entscheidungen in der Migrationspolitik und eine stärkere Orientierung an den Interessen von Mittelstand und Industrie.

Statt Aufbruch macht sich jedoch zunehmend Ernüchterung breit

Vor allem die wirtschaftliche Lage belastet die Stimmung. Unternehmen kämpfen weiter mit hohen Energiepreisen, wachsender Bürokratie und fehlender Planungssicherheit. Gerade der Mittelstand fühlt sich von der Politik häufig nicht mehr ausreichend vertreten. Viele sehen in der Regierung bislang keinen klaren Kurs, sondern vor allem Verwaltung des Status quo.

Davon profitiert derzeit die AfD. Nicht unbedingt, weil alle Wähler ihre Positionen vollständig teilen, sondern weil sich viele Menschen mit ihren Sorgen politisch nicht mehr ernst genommen fühlen.

Die zunehmende Unzufriedenheit richtet sich dabei längst nicht mehr nur gegen einzelne Entscheidungen, sondern gegen den allgemeinen Zustand der politischen Debatte.

Dabei spielt auch die Diskussion um die sogenannte „Brandmauer“ eine Rolle

Eine klare Abgrenzung gegenüber extremistischen Positionen gehört selbstverständlich zu einer wehrhaften Demokratie.

Doch viele Bürger haben zunehmend den Eindruck, dass politische Ausgrenzung oft wichtiger geworden ist als die inhaltliche Auseinandersetzung. Zudem entsteht für manche der Eindruck, dass die Brandmauer konsequent nur nach rechts gilt, während politische Kooperationen oder Überschneidungen nach links deutlich weniger kritisch betrachtet werden.

Demokratie lebt jedoch vom offenen Wettbewerb der Argumente. Millionen Wähler dauerhaft moralisch auszugrenzen ersetzt keine überzeugende Politik. Die entscheidende Frage bleibt deshalb, warum immer mehr Menschen bereit sind, Parteien außerhalb des etablierten politischen Spektrums zu wählen.

Die Schwäche der Regierung Merz zeigt vor allem eines: Vertrauen gewinnt man nicht durch Abgrenzung allein, sondern durch glaubwürdige Lösungen für die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme des Landes. Deutschland braucht weniger politische Symboldebatten und mehr Orientierung, Klarheit und Führung.

Frank Henkel war CDU-Vorsitzender in Berlin, Bürgermeister und Innensenator unter Klaus Wowereit (SPD).

Zusammen mit dem früheren Chef der Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, hat er ein lesenswertes Buch geschrieben: „Deutschland in der Warteschleife“.

ESC in Wien: Hätte der Staatsfunk die 620.000 Euro doch besser an die Bahnmissionsmission gespendet

Warum guckt sich das eigentlich noch irgendjemand an? Ich verstehe es wirklich nicht. Beim Eurovision Song Contest (ESC) in Wien haben am Wochenende tatsächlich 8,935 Millionen Menschen in Deutschland den überflüssigsten Musikwettbewerb vor dem Fernsehbildschirm verfolgt. Europaweit waren es sogar etwa 160 Millionen Menschen – ein Indiz, dass der alte Kontinent doch untergehen könnte.

Als ich sehr viel jünger war und das Ding noch „Grand Prix Eurovision de la Chanson“ hieß, waren meine Freunde und ich immer am Start, wenn Europas Länder ihre Besten ins Rennen schickten. Ihre Besten, nicht irgendwelche *No-Names*.

ABBA und Céline Dion wurden nach ihren Siegen im „Chanson-Wettbewerb“ richtige Weltstars.

Ich war damals gerade 15 Jahre jung und – sehen Sie mir das nach –, nach Abbas Sieg verliebt in Agnetha Fältskog, und ich setzte Himmel und Hölle in Bewegung, um mit meinem Freund Rainer Karten für den Auftritt von ABBA in der Dortmunder Westfalenhalle zu ergattern. Und wir schafften es, saßen dort und schmachteten in der dritten Reihe zu Füßen der göttlichen Blondine. Aber die Frau konnte auch tatsächlich singen.

Singen, verstehen Sie, was ich meine?

So richtig mit Musik und Stimmen, mit Liedern, die intelligent, Schmachtfetzen oder wenigstens Ohrwürmer waren.

Aber heute? Ich wette, die meisten von Ihnen können sich an die Namen der vergangenen deutschen

Bewerber nicht mehr erinnern, an deren Liedchen ganz sicher nicht.

Die aktuelle deutsche Verliererin Sarah Engels, die nur aus vier Ländern überhaupt Stimmen bekam und komplett durchfiel, hat man vielleicht noch zwei, drei Tage im Ohr.

Aber Abor & Tynna mit dem Song „Baller“, Isaak, „Lord of the Lost“ - passender Name -, Malik Harris, Jendrik, Ben Dolic ... wtf, wer ist das?

Und warum dürfen sie als Vertreter unseres ohnehin schon geschundenen Landes da auftreten?

Ich bin nicht im Team „Früher war alles besser“

Wirklich nicht. Aber da gab es wenigstens - neben unseren zwei Siegeltiteln von Nicole und Lena Meyer-Landrut - sehr viele Interpreten, die den Namen verdienten und die erfolgreich wurden, wie etwa der österreichische Sieger Udo Jürgens, den Sie alle kennen. Julio Iglesias und Olivia Newton-John wurden Weltstars danach, ohne in diesem Wettbewerb gewinnen zu können. Aber sie waren dabei.

Und, auch das gehört aus deutscher Sicht unbedingt erwähnt

Wenn der Kölner Entertainer Stefan Raab für Deutschland Kandidaten suchte und einmal selbst auf der Bühne stand, war jedenfalls was los und wir wurden international mal kurz als doch nicht so langweiliges Land wahrgenommen.

Nach Informationen der „Saarbrücker Zeitung“ hat der NDR für die peinliche Teilnahme am ESC in Wien rund 620.000 Euro bezahlt. Das ist Ihr Geld. Und es wäre besser angelegt gewesen, hätte man es an die Bahnhofsmissionen gespendet.

Möglicherweise treffen Sie später irgendwann mal jemanden dort, der oder die für Deutschland beim ESC singen durfte ...